

# Volkswille

## Volksstimme

zugleich für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme“ Bielitz, Republikanska Nr. 4. — Telefon Nr. 1294  
Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Pommern-Schlesien  
16 mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile,  
außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp.  
von außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen  
tarifliche Ermäßigung.

Abonnement: Vierteljährig vom 16. bis 31. 8. cr  
1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl.  
Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Katto-  
wiz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte  
Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteurs

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postfachkonto P. R. D., Filiale Kattowitz, 300174. Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 2097

# Hitlerbanditismus in Beuthen

### Neue Zusammenstöße zwischen Polizei und Nationalsozialisten — Sturm auf das sozialdemokratische Volkshaus Neun Verhaftungen — Die Polizei greift durch — Bannmeile ums Gericht

Beuthen. Nachdem sich am Dienstag die Erregung in Beuthen fast gelegt hatte, ist es im Laufe des Mittwoch abends wieder sehr unruhig geworden. In den Straßen lebte der Fußgängerverkehr über das normale Maß auf. Die Polizei war genötigt, den Streifen dienst erheblich zu verstärken. Es kam auch verschiedentlich zu Ausschreitungen und Ansammlungen. In einigen Geschäften und Lokalen wurden die Schaufenster- und Fensterscheiben eingeworfen.

Die Polizei gibt hierüber folgenden Bericht heraus: „Zwischen 17½ und 18 Uhr wurden die Schaufensterscheiben des Geschäfts von Kochmann in der Gartenstraße eingeschlagen. Um 22 Uhr wurden in der Bahnhofstraße zwei Fensterscheiben im Lokal von Weinstein eingeschlagen. Um dieselbe Zeit wurden im sozialdemokratischen Volkshaus mehrere Fensterscheiben eingeschlagen. Hier konnte ein Täter festgenommen werden. Es handelt sich um einen Angehörigen der NSDAP. Um 22,30 Uhr zogen 300 bis 400 Nationalsozialisten zum Teil in Uniform, zum Teil in Zivil (Männer und Frauen) um das Gerichtsgebäude herum und handelten. Die Polizei drängte sie ab. Um dieselbe Zeit sammelten sich auch mehrere hundert Personen auf dem Kaiser-Franz-Joseph-Platz. Die Polizei schritt ein und trieb die Menge auseinander. Festnahmen erfolgten nicht. Von der Waffe ist kein Gebrauch gemacht worden.“

Wie die Polizeipressestelle weiter mitteilt, ist es am Mittwoch spät abends zu weiteren Ausschreitungen gekommen. So wurde um 22,15 Uhr ein Schaufenster des Zentrumsblattes „Volkswille“ eingeschlagen. Um 22 Uhr waren junge Burschen zwei Fenster der Wohnung eines Dr. Goldstein in der Gymnasialstraße ein. Um 23 Uhr wurde eine Schaufensterscheibe der Firma Steinhauer u. Tiefenbrunn in der Bahnhofstraße eingeschlagen. Das Schaufenster wurde zum Teil geplündert. Ein Arbeiter namens Kischer wurde von Nationalsozialisten festgenommen und der Polizei übergeben. Ein zweiter Täter namens Schwarz wurde von der Polizei verhaftet. Gegen 24 Uhr versuchten mehrere junge Leute in der Schul- und Rudowitzerstraße die Fenster des kommunistischen Büros zu zertrümmern.

Am Mitternacht wurde in der Bahnhofstraße ein Kraftwagen angehalten, dessen Insassen, sechs Nationalsozialisten, auf Grund des Demonstrationsverbots und wegen ruhestörenden Lärmes festgenommen wurden. Insgesamt sind bisher neun Festnahmen erfolgt.

### Der Sturm aufs Volkshaus

Hierzu schreibt die Beuthener „Morgenpost“:  
Gegen 22 Uhr versammelten sich vor dem Volkshaus am Volksteplatz etwa 70 Nationalsozialisten, von

denen ein Teil uniformiert war. Die Fensterscheiben des Volkshauses und die Eingangstür wurden zerschlagen. Die Schutzpolizei fuhr bald auf zwei Lastwagen vor. Die Angreifer zogen sich rasch zurück, so daß die Polizei kaum einen Nationalsozialisten verhaften konnte. Die Nationalsozialisten sammelten sich etwas weiter vom Platz entfernt und zogen unter Absingen von Liedern durch die Straßen.

### Die Polizei greift ein.

Eine halbe Stunde später, um 10,30 Uhr, zogen etwa 500 Nationalsozialisten die Gerichtsstraße zum Kaiser-Franz-Joseph-Platz zu. Die Polizei griff hier ein und drängte den Zug in die Gartenstraße zurück. Die Gerichts- und die Poststraße wurden darauf für den Verkehr gesperrt. Bei dem Zurückdrängen der Menge ging die Polizei sehr scharf vor. Sie schlug mit dem Gummiknüppel in die Menschenmenge und hieb auch nach denjenigen Personen, die sich in die Hausflure und Hauseinfahrten flüchteten. Die Erregung der Menschenmassen in der Gartenstraße war recht groß, so daß stets heftige Zusammenstöße zu erwarten waren.

### Bannmeile um das Beuthener Gericht

Eine zweite Polizeiverordnung.

Oppeln. Nach einer zweiten Verordnung des Regierungspräsidenten von Oberschlesien ist in einem besonders begrenzten Stadtbezirk um das Landgericht Beuthen jede Ansammlung oder Zusammenrottung von einzelnen Personen und Gruppen auf der Straße verboten. Auch das Befahren der Straßen in diesem Bezirk mit Lastwagen zu Zwecken der Personenbeförderung ist untersagt. Zuwiderhandlungen werden mit Erhebung eines Zwangsgeldes bis zu 150 RM. bedroht. Die Verordnung tritt sofort in Kraft. Im übrigen bleiben die Bestimmungen der bisherigen Notverordnung über Demonstrations- und Umzugsverbot davon unberührt.

### Röhm bei den Beuthener Verurteilten

Beuthen. Am Mittwoch mittag trafen hier der Stabschef der SA, Röhm, Rechtsanwalt Dr. Vuetgebrune, der SA-Führer Dr. Abgeordneter Heines, und mehrere andere SA-Führer ein. Rechtsanwalt Vuetgebrune versuchte, von dem Gericht die Erlaubnis zu erwirken, daß Stabschef Röhm und Heines die Gefangenen besuchen dürften. Während Röhm die Erlaubnis hierzu erteilt wurde, wurde sie Heines verweigert. Röhm gab den Verurteilten im Auftrage der Reichsleitung der NSDAP Kenntnis davon, welche Schritte von ihr zur Wiederaufnahme des Verfahrens und zu der Nichtvollstreckung des Urteils eingeleitet worden waren.

### Köpfe sollten rollen!

Hitler auf dem Kriegsfuß gegen Papen.

Wieder einmal erwartet das Ausland den Ausbruch des offenen Bürgerkrieges in Deutschland. Niemand wird leugnen daß sich in den letzten Tagen die Situation verteuert zugespielt hat, nicht zuletzt durch die Schuld der Reichsregierung, daß sie als letztes Mittel gegen den nationalsozialistischen Terror Sondergerichte eingesetzt hat. Unglücklicherweise haben zu gleicher Zeit zwei Sondergerichte ihr Urteil gefällt und bei Verdunkelung der Tatsachen, konnte man der aufgeregten Menge vortäuschen, daß deutsche Richter einseitige Urteile gegen Nationalsozialisten und Reichsbannerleute gefällt haben. Wir haben beide Urteile, das von Brieg bezw. Ohlau, als auch das von Beuthen abgelehnt, weil wir immer der Ansicht sind, daß es feiner Sondergerichte bedarf und die Staatsautorität nicht gefährdet, wenn die Regierung selbst auf einer gesicherten Rechtsgrundlage besteht. Diese Legitimität besitzt die gegenwärtige Reichsregierung von Papen nicht, sie wurde von denen auf den Posten getragen und während des Wahlkampfes gebildet, die sie heute am leidenschaftlichsten bekämpfen. Es muß mit allem Nachdruck hervorgehoben werden, daß die Urteile in Brieg aus den Ohlauer Vorgängen nur möglich wurden, weil ein Sondergericht, statt eines ordentlichen Gerichtes die Vorgänge völlig einseitig zugunsten der Reichsbannerleute beurteilt hat, weil einwandfrei festgestellt worden ist, und diese Beweisaufnahme kann nicht geleugnet werden, daß die Urheber der Vorgänge Nationalsozialisten waren. Wir sind überzeugt, daß dieses Urteil revidiert wird, daß die objektiven Tatbestände schließlich auch den Brieger Angeklagten Recht werden lassen.

Wir Sozialdemokraten sprechen uns von jeher gegen Todesurteile aus und können keine andere Haltung einnehmen, wenn das Schicksal irreführende politische Gegner auf die Anklagebank führt. Für uns können Trunkenheit und andere Entlastungsmittel nie den Grund zur Verurteilung einer grundsätzlichen Meinung bilden. Darum betrachten wir die Beuthener Todesurteile als untragbar, fordern eine Strafe, die den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Unmöglich kann ein bestialischer Mord an einem Kommunisten, durch fünf Morde aus Heterhand gesühnt werden. Aber jeder, der sich ein objektives Urteil der Dinge behalten will, daß es einen Unterschied zwischen Brieg und Beuthen oder besser Ohlau und Potempa geben muß. In Ohlau nationalsozialistischer Heberfall und Abwehr des Reichsbanners, in Potempa bewußter politischer Mord an einem Gegner, der nichtsahnend schlafend im Bett liegt. Hier eine bedachte Provokation und in Potempa eine wohl vorbereitete Aktion. Ohne Uniformfreiheit, keine nationalsozialistischen Bandentüde. Und wieder etwas Grundständiges, die Reichsregierung hat Hitler auf Gegenseitigkeit toleriert, dieser hat den Wahlkampf unter unersüßbaren Versprechungen ausgetragen und sieht sich nun um die Früchte der Erstgeburt betrogen, da ihm der Reichspräsident die Kanzlerschaft verweigert. Nach demokratischen Prinzipien hat die Hitlerbewegung das Recht und den Anspruch auf die kommende Regierungsbildung, als die stärkste Fraktion des Reichstags und diese Hitlerregierung würde dann vom Reichstag gestürzt werden oder sie würde gar nicht zustande kommen. Im Gegensatz zu unseren reichsdeutschen Genossen, stehen wir auf dem Standpunkt, daß sich die Hitlerbewegung parlamentarisch totlaufen muß, man soll ihr die Regierungsmöglichkeit nicht versagen und wir sind überzeugt, daß das Fiasco schon bei der Regierungsbildung gekommen wäre. Hitler war in der Zwangslage, nach dem ihm die Kanzlerschaft abgesprochen wurde, aus der ihn jetzt die Beuthener Todesurteile befreit haben. Sieger ist im Augenblick Hitler über den Papenkurs im Reich und Preußen. Die Veruche, die sich zwischen Nationalsozialisten und Zentrum angebahnt haben, werden zu Kompromissen führen, Hitler und die Adelsclique um ihn, werden sich mit der Teilmacht begnügen, wenn die Regierung von Papen nicht zum letzten Mittel greift und den neuen Reichstag auflöst, was wiederum nur eine Schwäche wäre und keinesfalls eine Lösung bringen kann. Die Reichstagswahlen haben weniger Hitler, als der Regierung die Niederlage beigebracht, bewiesen, daß dieses Kabinett Schleicher, Gahl und Papen, in der Luft hängt und im Namen des nationalen Deutschlands spricht, welches sie ablehnt.

# Koalitionsverhandlungen in Deutschland

### Gerüchte um das Zentrum — Straßer und Brüning verhandeln — Möglichkeiten der Zusammenarbeit

Berlin. Die Meldung eines Berliner Blattes, daß sich an den Besprechungen von Zentrumsführern in Stuttgart auch Nationalsozialisten beteiligen und Gregor Straßer sich dorthin begeben habe, wird von maßgebender nationalsozialistischer Seite nicht bestätigt. Dagegen dürfte feststehen, daß sich nationalsozialistische Führer, u. a. Gregor Straßer und Göring, nach Süddeutschland begeben haben, nachdem erst kürzlich in Stuttgart eine Besprechung von Zentrumsführern stattgefunden hat, an der auch der Verhandlungsführer des Zentrums für Preußen, Groß, sowie Dr. Brüning beteiligt waren. Die Besprechungen galten, wie man annehmen darf, den Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten. Verhandlungen zwischen beiden Parteien über die Regierungsbildung in Preußen waren schon für Dienstag in Berlin angelegt, dann aber wieder abgefragt worden. In unterrichteten Kreisen hört man, daß diese vorläufige Absage auf den Wunsch namentlich Dr. Brünings zurückgeht, im gleichen Zuge auch eine Regelung der Verhältnisse im Reich anzustreben. Dies entspricht der wiederholt zum Ausdruck gebrachten Forderung des Zentrums, die NSDAP nun auch mit der vollen Mitverantwortung zu belasten.

Daß es sich bezüglich des Reiches um eine ausgesprochene „Koalition“ handeln könnte, ist umso weniger anzunehmen, als

etwägige Verhandlungen über eine Zusammenarbeit der beiden Parteien ohnehin auf große Schwierigkeiten stoßen und selbst mit dem Ziele der Wahl eines Ministerpräsidenten in Preußen nicht leicht sein werden. Umso schwieriger dürfte eine Ausdehnung des Verhandlungsprogramms auf das Reich sein.

Berlin. Auch von Zentrumsseite wird nach einer Meldung Berliner Blätter aus Stuttgart in Abrede gestellt, daß dort am Mittwoch eine Koalitionskonferenz zwischen Nationalsozialisten und Zentrum stattgefunden habe. Richtig sei dagegen, daß am Mittwoch führende Männer des Zentrums in Stuttgart Besprechungen über die politische Lage abgehalten hätten. Wie die „DZ“ erfährt, soll am Dienstag in Konstanz eine Zusammenkunft zwischen Dr. Brüning und Gregor Straßer stattgefunden haben.

### Das erste Berliner Sondergerichtsurteil

Berlin. Das erste Berliner Sondergericht verurteilte am Mittwoch um 16 Uhr folgenden Urteilspruch geben die Angeklagten Schmidke und Bidel. Der Angeklagte Schmidke wird wegen Landfriedensbruch und Gewalttätigkeit gegen Personen zu 10 Jahren Zuchthaus bei Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft verurteilt. Der Angeklagte Bidel wurde freigesprochen.

# Zodestrafte gegen spanische Butschisten?

General Sanjurjo vor Gericht

Madrid. Am Mittwoch vormittag begann hier der Prozess gegen den Anführer des letzten Butsches, General Sanjurjo und seine Genossen vor dem höchsten Gerichtshof. Die Verhandlung wird ohne Unterbrechung bis zur Verkündung des Urteils, das vermutlich noch heute abend verkündet wird, durchgeführt werden. Es sind nur etwa 100 Zuhörer zugelassen worden. Außerdem nehmen etwa 100 Vertreter der Presse und der Madrider Abgeordnetenkammer an der Verhandlung teil. Man rechnet damit, daß Sanjurjo zum Tode verurteilt wird. Gleichzeitig ist man aber überzeugt, daß sowohl der Gerichtshof, als auch die Regierung ein Gnadengesuch Sanjurjos beim Präsidenten der Republik befürworten werden. Sanjurjos drei Mitangeklagte werden vermutlich mit lebenslänglicher Festungshaft bestraft werden.

Der Umstand, daß die Republik die frühere Gesetzgebung änderte, kommt jetzt den Angeklagten zugute. Nach den früheren Gesetzen wären sie schon 24 Stunden nach ihrer Festnahme vor ein Kriegsgericht gestellt worden, während sie jetzt vom obersten Zivilgerichtshof abgeurteilt werden.

Die Verhandlung gegen General Sanjurjo und die übrigen drei Angeklagten verlief sehr ruhig. Der Staatsanwalt legte dar, daß sich die Angeklagten der vollendeten Militärrebellion schuldig gemacht hätten, für die das Strafgesetz nur die Todesstrafe kenne. Sanjurjos Verteidiger versuchten demgegenüber nachzuweisen, daß es sich nicht um eine vollendete Militärrebellion handelt, da die Ereignisse ohne Blutvergießen abgelaufen seien. Es komme höchstens lebenslängliche Haft in Frage. Nachdem die übrigen drei Verteidiger gesprochen hatten, zog sich das Gericht zur Beratung zurück. Die Urteilsverkündung steht noch aus. Das Gerichtsgebäude wird außerordentlich stark bewacht.

## Sung bildet das chinesische Kabinett

Schanghai. Wie amtlich mitgeteilt wird, haben alle chinesischen Minister mit Ausnahme des Verkehrsministers ihre Rücktrittserklärungen zurückgezogen. Der Finanzminister Sung hat sich bereit erklärt, den Vorsitz im neuen Kabinett zu übernehmen. Wie es heißt, wird der frühere Ministerpräsident Wangsunwei vorläufig in Nanking bleiben und sich dort wieder der Parteilichkeit widmen.

## Neue Unruhen in Brasilien

Buenos Aires. In Buenos Aires sind Funkgespräche aufgefangen worden, wonach in mehreren brasilianischen Orten große Unruhen ausgebrochen sind. In Rio de Janeiro wurde eine „Nie wieder Krieg“-Kundgebung von Militär mit Maschinengewehrfeuer aufgelöst, wobei mehrere Personen getötet und verwundet wurden.

Aus Bahia liegen amtliche Berichte über die Unterdrückung eines Studentenaufruhrs vor.

Nach Pressemeldungen sind die Verstanlagen des brasilianischen Hafens Santos an eine ausländische Finanzgruppe unter Führung von Pariser Bankiers verkauft worden.

## Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz

Mailand. Am 5. September tritt, wie gemeldet, der in Lausanne geschaffene Ausschuss zum Studium der Wirtschaftsprobleme Zentral- und Osteuropas in Stresa am Laggio Maggiore zusammen. Das Programm seines Präsidenten George Bonnet enthält, wie „Popolo Italia“ erfährt, die Prüfung aller Maßnahmen, durch die gegenwärtige Geminnungen des Transfers und die durch den Schwund des Güterverkehrs hervorgerufenen Schwierigkeiten überwunden werden können. Es enthält auch die Prüfung aller Maßnahmen zur Behebung des darnieder liegenden Handelsverkehrs zwischen den mitteleuropäischen Ländern und besonders zur Hebung der Schwierigkeiten, die dadurch entstanden sind, daß in den Agrarstaaten Mittel- und Osteuropas die Getreidepreise so außerordentlich stark gesunken sind.

Die Sitzung des Ausschusses in Stresa wird voraussichtlich 14 Tage bis 3 Wochen dauern. In eingeweihten Kreisen betrachtet man die Streser Konferenz als einen Auftakt zu der in Lausanne beschlossenen Weltwirtschaftskonferenz.

Washington. Der amerikanische Botschafter in Berlin, Sackett, und Norman Davis sind zu Mitgliedern des vorbereitenden Ausschusses für die Weltwirtschaftskonferenz ernannt worden.

## Abschluss der deutsch-belgischen Kohlenverhandlungen

Brüssel. Die deutsch-belgischen Kohlenverhandlungen sind am Mittwoch nachmittag zum Abschluss gebracht worden. In dem Verhandlungsbericht werden keinerlei Einzelheiten über den Inhalt der neuen Vereinbarung mitgeteilt, sondern es wird nur von einem vorläufigen Abschluss gesprochen. Auf Grund der Vereinbarung ist in Aussicht genommen, die deutsche Kohleneinfuhr nach Belgien vom Oktober ab herabzusetzen gegen handelspolitische Zusicherungen Belgiens auf anderen Gebieten. Ueber die Frage der Deutschland zu gewährenden Gegenleistungen wird erst im September verhandelt werden. Der Brüsseler Korrespondent des DSD glaubt weiter zu wissen, daß die neue Kohlenvereinbarung im Wesentlichen den Grundzügen derjenigen vom 18. April 1932 entspricht. Der Rotingsentsatz ist lediglich auf 45 v. H. herabgesetzt worden. Gleichzeitig ist die Deutschland zugewilligte Zustimmung bei Benutzung belgischen Schiffsraumes erhöht worden.

## Der Zarnow-Untersuchungsausschuss nach Beuthen einberufen

Berlin. Der Vorsitzende des Zarnow-Ausschusses des Preussischen Landtages, Abg. Dr. Freisler, (NS) hat den Ausschuss für den 2. und 3. September nach Beuthen einberufen. Der Ausschuss soll sich dort an Ort und Stelle mit den Todesurteilen gegen die fünf Nationalsozialisten befassen. Die nach der Gefekordnung des Landtags für die Abhaltung von Ausschusssitzungen in der vollstehungsreifen Zeit erforderliche Genehmigung des Landtagspräsidenten ist vom Präsidenten Kertel für den vorliegenden Fall bereits erteilt worden. Außerdem ist noch, wie bereits gemeldet, für die Gewährung von Tagesgelbern bei Ausschusssitzungen, die nicht am Sitz des Parlaments

Diese Regierung hat keine Basis im Volk, höchstens ein Mitglied des Kabinetts, von Schleicher, Vertrauen, daß er die Situation meistern wird. Es ist undenkbar, daß von Papen etwas unternimmt, ohne das Einverständnis Schleichers zu besitzen. Wie immer uns politisierende Generale unympathisch sind, man muß zugeben, daß hier die Basis Deutschlands ruht. Der Reichstag wird, gerade durch die Beuthener Todesurteile begünstigt, auch den Nationalsozialisten die Freiheit wiedergeben, sie werden dem Kabinett von Papen das Mißtrauensvotum ausstellen und was dann kommen soll, ist ziemlich unklar, denn neue Reichstagswahlen werden diesem Kabinett gleichfalls keine Mehrheit liefern und ewig kann sich das Spiel nicht wiederholen. Wenn die Regierung die von ihr beschworene Reichsverfassung nicht offen brechen will, muß sie abtreten und Genosse Loebe hat, an Hand der Rechtsbestimmungen, nachgewiesen, daß es für Herrn von Papen und sein Kabinett keine Rechtsgrundlage gibt, die ein Präsidialkabinett von Hindenburgs Gnaden rechtfertigen könnte. Im Interesse des deutschen Volkes und seines Wiederaufstiegs würde es nur zu begrüßen sein, wenn die Episode von Papen bald liquidiert werde u. man kann ebenso sicher sein, daß ein Hitler und seine Getreuen nie an die Regierung kommen wird. Man braucht diesen politischen Scharlatan, das Opfer seiner adligen und industriellen Hintermänner, nicht ernst zu nehmen und zu fürchten, denn der Zersekungsprozess wird schneller in die Reihen der nationalsozialistischen Bewegung eingreifen, als man ahnt, diesen Prozess der Zersplitterung haben allerdings die Beuthener Todesurteile jetzt für kurze Zeit unterbunden. Aber es vollzieht sich hier ein politisches Schicksal, daß Hitler, der die Köpfe der Marxisten und Republikaner rollen lassen wollte, jetzt aus der Hand seiner tolerierten Freunde rollende Köpfe für seine Bewegung in Empfang nehmen kann.

Ein, gewiß nicht erwartetes, Glück hat Hitler nochmals eine Pause des Austobens gewährt, gerade wieder aus der Hand derer, die ihn am 13. August, wie einen Unteroffizier, abgekanzelt fortjickten, und ihn vor aller Welt als geschlagenen „Mussolini“ heimstücken. Die Beuthener Todesurteile geben der Bewegung neue Kraft, wenigstens für einige Wochen. Daß dieses Urteil durch eine Begnadigung der fünf Nationalsozialisten abgeändert wird, darüber bestand wohl bei der Urteilsverkündung keinerlei Zweifel, es wurde zu einer Rechtskomodie für die Richter, die nicht anders konnten, als der Notverordnung Rechnung zu tragen, die von der Reichsregierung, zur Bekämpfung des Terrors, erlassen war. Nicht die Richter trifft also für das Versagen der Justiz die Schuld, sondern jene Berater der Reichsregierung, die sie in diese Justizwahnwühle hineingeraten ließen. Denn, man braucht nicht boshaft zu sein, das Urteil und die Begnadigung sind, gleichviel, wie mans nimmt, eine Niederlage des heutigen Systems in Deutschland. Und solange ein General Schleicher im Kabinett sitzt, wird ein Hitler nicht putzen, denn das wäre noch der einfachste Sterbengang dieses politischen Scharlatans, und diesen Gnadenstoß wird Schleicher Hitler nicht versetzen. Der Bürgerkrieg ist verboten, so lautet es militärisch und der Unteroffizier Hitler wird diesen Befehl genau so respektieren, wie ihm attestiert wurde, daß er nicht fähig ist, Reichszkanzler zu werden, zum Postminister allerdings hätte es gereicht.

Köpfe werden also, nach menschlicher Voraussicht der letzten Tage, nicht rollen, weder die der Hitlerianer, noch die der Marxisten. Aber im Hintergrund steht General Schleicher, und Militärs haben in der Politik immer Überraschungen auf Vorrat, bis auch der einmal ausgeht, wie der Zusammenbruch von 1918 beweist. Man will wissen, daß von Papen, wie Hitler, fallen gelassen werden soll. Im Hintergrund bildet sich eine neue Front, in der den Gewerkschaften, unter Schleichers Führung, der Vorrang gegeben werden soll. Die Gewerkschaften sollen retten, was die Demokratie und der Parlamentarismus verborben haben. Kein wirtschaftlich natürlich, mit einem großen Aufbauplan, eine parlamentarische Regierung unter Schleichers Führung, von den Nationalsozialisten über die Christen zu den Sozialdemokraten, so etwas weiß wenigstens die kommunistische „Rote Fahne“ zu enthüllen. Die Möglichkeit, so unwahrscheinlich sie klingt, ist nicht von der Hand zu weisen, und wenn dann unter Dreien, sagt man, das Parteijüppchen gekocht werden kann, so ist Deutschland auf dem Wiederaufbauweg. Nun, wir glauben, daß sich schließlich diese Aktion durch eine schwarz-braune Suppe wird kochen lassen, ausgeschlossen erscheint es uns, daß die freien Gewerkschaften als sozialistischer Vortrupp diesem Fantasiegebilde nachrennen werden.

Ohne Verfassungsbruch ist jedenfalls der große Zug des Präsidialkabinetts ausgeräumt. Auf der Straße bleibt der politische Ketter Hitler!

## Agrarkonferenz in Warschau

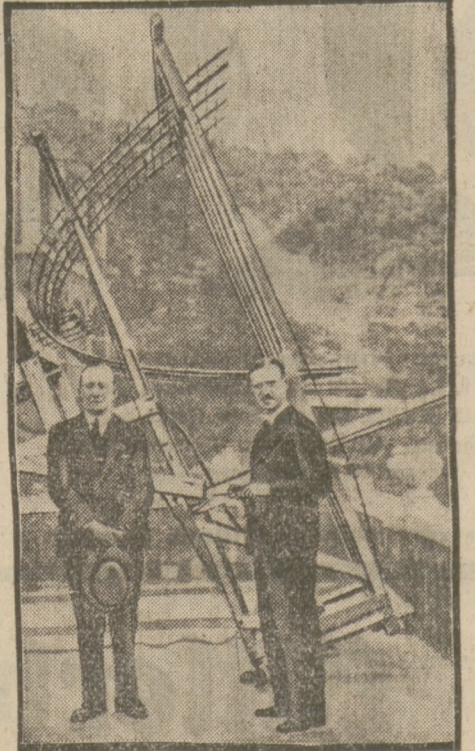
Der Studienausschuss des „Agrarblocks“ beginnt seine Beratungen.

Warschau. Am Mittwoch haben in Warschau die Beratungen des Studien-Ausschusses der im sogenannten Agrarblock vereinigten Ost- und Südosteuropäischen Staaten begonnen. An den Beratungen werden folgende Staaten teilnehmen: Bulgarien, Tschekoslowakei, Estland, Lettland, Südslawien, Rumänien, Ungarn und Polen. Die Konferenz soll vier Tage in Anspruch nehmen.



## Vor dem Rücktritt Staatssekretärs Trendelenburg?

Der langjährige Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Dr. Trendelenburg, soll demnächst aus seinem Amte scheiden.



## Die Zukunft des Radios liegt bei den Ultrakurzwellen

Der berühmte italienische Physiker Marconi (links) — einer der Begründer der drahtlosen Telegraphie und Telephonie — hat mit Hilfe des hier abgebildeten Kurzwellen senders mit einer Wellenlänge von nur 57 Zentimeter Morsezeichen und Gespräche von Rom bis nach Sardinien gesandt, und damit alle bisherigen Leistungen auf dem Gebiet der Ultrakurzwellen übertroffen.

stattfinden, die Genehmigung des Vorkostenrats erforderlich. Der Vorkostenrat tritt bekanntlich am Dienstag vor der Vollziehung des Landtages zusammen.

## Verbandstag des Deutschen Metallarbeiterverbandes

Dortmund. Im Mittelpunkt des dritten Tages des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Dortmund stand der Bericht des Vorstandsmitgliedes Reichel-Berlin über „Die Neuordnung der deutschen Wirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der eisenhaltenden Industrie“. Weiter wurden dann von verschiedenen Vortragenden die Beitrags- und Unterhaltungsfragen erörtert. Besonders wurde dabei auf die großen Ausgaben des Verbandes in den letzten Jahren für Unterhaltungszwecke hingewiesen. Man sprach sich starr für die Beibehaltung der alten Beitragshöhe und die Annahme der Verbandsvorschlüge zur Staffelung der Erwerbslosenfrage und der Bezugsdauer und weiterer Maßnahmen aus, denn nur so könnte die Krise überwunden werden, die in den letzten Jahren an Ausgaben 34 Millionen mehr verschlungen hätte, als Einnahmen vorhanden waren. Die Abstimmung ergab unter geringfügiger Minderung mit großer Mehrheit die Annahme der Verbandsvorlage. Die weiteren Verhandlungen am Mittwoch nachmittag und abend waren in technischen Verbandsangelegenheiten gewidmet.

## Faschisten unter sich

Reval. Der italienische Gesandte in Estland, Graf Testi Herzog von Balmiuta, wurde am Mittwoch von dem Kanzleibeamten der italienischen Gesandtschaft, Ferraris, in den Räumen der Gesandtschaft überfallen und durch Rasiermesserstiche im Gesicht ernst aber nicht lebensgefährlich verletzt. Der Gesandte hatte Ferraris ernste Vorstellungen gemacht, da Ferraris einer weiblichen Angestellten der Gesandtschaft eine Ohrfeige versetzt hatte. Im Gespräch stürzte sich Ferraris auf den Gesandten. Ferraris, der italienischer Staatsangehöriger ist, aber nicht zum diplomatischen Corps gehört, wurde von der estländischen Polizei verhaftet.



## Chicagos Bürgermeister besucht Warschau

Der Bürgermeister von Chicago, Anton Czermak, ist zu einem Besuch in Berlin und Warschau eingetroffen, um von hier an dem Besuch der Chicagoer Weltausstellung, die im nächsten Jahre eröffnet wird, zu interessieren.

Polnisch-Schlesien

Den eigenen „König“ bestohlen

Die Zigeuner sind durchweg gute Monarchisten, und sie halten sich einen „König“. Dieser „König“ nennt sich Michael Kwiek, und muß von seinen „Untertanen“ noch als „Baron“ tituliert werden.

Der beraubte „König“ wandte sich nunmehr an die Polizei um Hilfe. Er wollte anfangs seine getreuen Untertanen zusammenkommen, damit sie den Rebellen den „königlichen Schatz“ abnehmen.

Der beraubte „König“ wandte sich nunmehr an die Polizei um Hilfe. Er wollte anfangs seine getreuen Untertanen zusammenkommen, damit sie den Rebellen den „königlichen Schatz“ abnehmen.

Vor neuen Reduktionskonferenzen

Morgen wird beim Demo wieder einmal eine Reduktionskonferenz stattfinden. Es wurde bis jetzt noch zu wenig reduziert, weshalb weitere Arbeiter auf die Straße kommen sollen.

Die Lage in der Brückenbauanstalt noch ungeklärt

Wie bereits gestern berichtet, hat die Verwaltung die Brückenbauanstalt geschlossen. Hinzu kam noch, daß ein „Ultimatum“ der Belegschaft der Brückenbauanstalt gestellt wurde, wonach sie sich einverstanden erklären sollte, das „Wirtschaftsbüro“ aufrecht erhalten zu können oder die Belegschaft die weiteren Konsequenzen zu ziehen hätte.

Zu alledem kam eine neue Aufregung hinzu, indem mitgeteilt wurde, daß die für die gestrige Auszahlung überwiesenen 3500 Zloty auch an die Belegschaft der Königshütte zur Verteilung gebracht werden müssen und nicht bloß allein für die Werftstättenverwaltung.

Der Konsum in den Städten und Industrie-Bezirken geht zurück

Das Wirtschaftsamt stellt den Rückgang des Konsums fest — Am meisten leiden darunter die Stadtbewohner — Warum wir jeden Lohnabbau bekämpfen müssen — Das Volk leidet an einer Unterernährung

Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen, sagt der Spießer, aber er hat an die Arbeitslosigkeit, die eine Erscheinung der Wirtschaftskrise ist, nicht gedacht.

Sollen diese Arbeiter auch nicht essen? In Wirklichkeit essen sie auch nicht, denn sie haben nichts zu essen. Daß dem so ist, beweist der Wirtschaftsbericht des polnischen Konjunkturamtes für das zweite Vierteljahr 1932.

Die Leute essen weniger, als sie früher gegessen haben, aber nicht etwa deshalb, weil ihnen das Essen weniger schmeckt, sondern deshalb, weil sie nichts zu essen haben.

Man soll nicht außer acht lassen, daß trotz der Wirtschaftskrise ein Geburtenrückgang nicht eingetreten ist, im Gegenteil, die Zahl der Bewohner steigt unaufhörlich und doch wird weniger gegessen als in den früheren Jahren.

Wer sind denn diese Leute in den Städten und Industriegebieten, die weniger essen als früher? Niemand anderer als die Arbeiter, die physischen und die Kopf-arbeiter.

Sie essen nicht nur weniger, sondern sie hungern. Jawohl, die Arbeiterklasse in den Städten und den Industriezentren hungert!

Das Wirtschaftsamt hätte richtiger sagen müssen, daß die Arbeitermasse hungert, denn die Bezeichnung, daß der Konsum zurückgeht, ist eigentlich falsch.

Wir unterstreichen hier ausdrücklich, daß der polnische Arbeiter niemals zu viel gegessen hat, selbst in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges nicht, denn sein Lohn war immer niedrig gehalten.

Wir haben doch die niedrigsten Löhne in Europa, die in den letzten Monaten noch mehrere Male reduziert wurden. Bei den niedrigen Löhnen werden noch Feierschichten in allen Industriebetrieben eingelegt und dadurch die niedrigen Löhne weiter gedrückt.

Im Jahre 1929 hat er durchschnittlich 652,18 Zloty ausgegeben. Anstatt besser, hat sich das Verhältnis wesentlich verschlechtert. Und wie mag es heute aussehen, nachdem seit dieser Zeit die Krise an Umfang so schrecklich zugenommen hat, daß die Zahl der Arbeitslosen um das Vierfache geblieben ist

und die Löhne durch Abbau und Umgruppierung mindestens um 40 Prozent heruntergedrückt wurden.

Nach Privatberechnungen gibt der Arbeiter für Lebensmittel jährlich durchschnittlich nur noch 262,50 Zloty aus.

Das besagt die Enquete des statistischen Amtes in Warschau, die allerdings nur einen kleinen Bruchteil der Warschauer Arbeiter umfaßt. Das dürfte zutreffen, denn in der Provinz liegen die Dinge noch viel schlimmer als in der polnischen Hauptstadt und die Löhne der Arbeiter sind auch wesentlich in der Provinz niedriger.

Schließlich sind wir das allerärmste Volk in Europa,

denn das Durchschnittseinkommen des polnischen Bürgers beträgt im Jahre 608 Zloty.

Der Konsum in den Städten und Industriebezirken geht zurück und das wurde amtlich festgestellt. Als Konsumumenten kommen hier lediglich die Arbeiter und die arbeitende Intelligenz in Frage, die immer mehr proletarisiert wird, weil sie die Masse bilden.

Der Konsum wird vielmehr noch weiter zurückgehen, muß zurückgehen, weil noch immer Arbeiter entlassen und Löhne abgebaut werden.

Man hört immer noch von Arbeiterreduktionen und nachdem der Herbst vor der Tür steht, hören auch die Saisonarbeiten auf und eine größere Zahl der Saisonarbeiter kommen auf die Straße.

Diese Arbeiter haben nach dem neuen Arbeitslosenversicherungsgesetz keinen Anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung und sie werden auch naturgemäß wenig essen.

Man hört immer noch von Arbeiterreduktionen und nachdem der Herbst vor der Tür steht, hören auch die Saisonarbeiten auf und eine größere Zahl der Saisonarbeiter kommen auf die Straße.

Werter sind Anschläge auf die Arbeiterlöhne im Bergbau geplant,

die zu erwarten sind, wenn die bisherigen Lohnverträge ablaufen werden. Die Arbeiterschaft ist infolge Erschöpfung nicht widerstandsfähig und die Kapitalisten können den Arbeitern alles aufdrängen was sie wollen.

Das wird der Allgemeinheit genommen, denn der Konsumrückgang trifft zwar zu allererst den Arbeiter, der hungern muß, aber er trifft noch den sogenannten Mittelstand, die Geschäftswelt, die Gewerbetreibenden und vor allem die

Lebensmittelproduzenten die Bauernbevölkerung. Nach den Berichten des Wirtschaftsamtes, soll die Konsumtion auf dem flachen Lande ein wenig gestiegen sein, aber es wird gleich hinzugefügt, daß diese Steigerung vorübergehend ist.

Wenn der Arbeiter hungert, so hungert auch der Bauer.

Dem Bauern kann es nur dann gut gehen, wenn es dem Arbeiter gut geht. Hat der Arbeiter Geld, so kann er mehr Brot, mehr Fleisch, Eier, Butter und Gemüse kaufen. Er kauft das als Masse und dieses Geld fließt in die Taschen der Bauern.

Heute ist der Arbeiter ein Bettler, wenigstens diesem „Beruf“ gleichgestellt und er muß sich alles verlangen. Kein Wunder, daß der Bauer ohne Schuhe und ohne Hemd herumläuft. Das muß laut den maßgebenden Stellen gesagt werden, damit sie das hören und endlich der Diktatur der Generaldirektoren in den Betrieben und bei der Festlegung der Preise ein Ende setzen.

Wer das Vaterland liebt, der muß das arbeitende Volk lieben und muß danach trachten, dem Volke zu helfen.

Delegation von Betriebsräten zum Magistrat, um einen größeren Geldbetrag zu erhalten. Außerdem sollen noch Bons für Brot und Kaffee ausgegeben werden.

Betriebsrat Dudek verhaftet

Der ehemalige Betriebsratsvorsitzende Dudek, von der Gieschhütte Koszmin-Schoppinich, der angeblich Bestechungsgelder von Arbeitern angenommen hat und ihnen dafür versprochen hatte, daß sie von der Hüttenverwaltung nicht reduziert werden, ist, nach Ueberprüfung der Akten, auf Anordnung des Staatsanwalts, verhaftet und in das Rattowitzer Gerichtsgefängnis eingeliefert worden.

Der Arbeitslosenfonds reduziert

Die Hälfte der Angestellten wird entlassen.

Die staatlichen Institute gehen mit einem schlechten Beispiel voran. Die staatlichen Monopole wollen die Preise nicht abbauen und reduzieren die Arbeiter und Angestellten noch viel schlimmer als die Privatunternehmungen.

Wann werden die großen Schmuggler zur Verantwortung gezogen?

Wir haben darüber berichtet, daß der Radzionkauer Apotheker und Sejmabgeordnete Gajdas aus Beuthen Druckereimaschinen nach Radzionkau geschmuggelt hat.

Neue Anmeldebestimmungen im Falle der Arbeitslosigkeit

Das Arbeitsministerium hat an die einzelnen Wojewodschaften entsprechende Rundschreiben erlassen, wonach Arbeitsvermittlungen oder Arbeitszuweisungen durch die staatlichen und kommunalen Arbeitsvermittlungsamter zu erfolgen haben.





# Bielitz, Biala und Umgegend

## Bielitz und Umgebung

### Sanacjawirtschaft in Sajbusch.

Es ist noch in aller Erinnerung wie im Sajbuscher Bezirksauschuß im Jahre 1928 durch den sanatorischen Sekretär Kack gegen 200 000 Zloty veruntreut wurden, derzufolge er dann Selbstmord verübte. Nun verbreitet sich wieder die Kunde, daß der jetzige Kassierer des kommunalwirtschaftlichen Bezirksauschusses namens Kudecki hinter die schwedischen Gardinen gesteckt wurde, wegen Veruntreuung vieler Tausender Zloty zum Schaden des Bezirksauschusses. Diese Gelder waren hauptsächlich zu Unterstützungszwecken für Arbeitslose bestimmt. Der große Sanator Kudecki und Vertraute des Bezirkshauptmannes Galohy gestand die Veruntreuung von 15 000 Zloty ein. Die Revisionskommission stellte aber einen Fehlbetrag von 90 000 Zloty fest.

Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß im Laufe weniger Jahre, nämlich von 1928 bis 1932 im Sajbuscher Bezirksauschuß gegen 300 000 Zloty gestohlen wurden, was nur wegen mangelnder Kontrolle möglich war, und hätte dies verhindert werden können, so hätten die Arbeitslosen aus dem Sajbuscher Bezirk in diesem Zeitraum Arbeit und Verdienst haben können.

Die Bevölkerung des Sajbuscher Bezirkes ist über diese sanatorische Wirtschaft im kommunalverwalteten Bezirksauschuß fürchtbar empört. Mit allen Mitteln werden die Steuern eingetrieben, damit dann solche Kacki und Kudecki ungehindert stehlen können. Es muß noch erwähnt werden, daß Kudecki auf ziemlich hohem Fuße lebte, was doch seinen Vorgesetzten auffallen mußte.

Natürlich, wenn einer ein gut geachteter Sanator ist, dem schenkt man großes Vertrauen und drückt auch beide Augen zu, wenn etwas nicht in Ordnung ist.

Wohin soll dies aber führen?!

### Eröffnung der Bibliothek der Gewerkschaftskommission.

Es diene den Genossen und Genossinnen zur Kenntnis, daß die Gewerkschaftsbibliothek am 30. August wieder eröffnet wird. Die Bücherabgabe erfolgt jeden Dienstag und Freitag von 5—7 Uhr nachm.

**Staatsschule mit deutscher Unterrichtssprache in Bielitz.** Die Ergänzungsprüfungen finden am 31. August, ab 8 Uhr vormittags statt. Das neue Schuljahr wird am 1. September um 8 Uhr früh mit einem feierlichen Gottesdienst eröffnet.

**Ein Zehnpfeller.** An einem der letzten Tage kam der in Biala wohnhafte Johann Kapp aus der Kosciuszkostraße in die Restauration Adamus in Biala und machte dort eine größere Zeche. Als er fortgehen wollte verlangte der Zahlkellner die Bezahlung. Dieser noble Gast weigerte sich aber zu bezahlen und bemerkte, er soll sich durch das Gericht das Geld einfordern. Diesem Verlangen wird der Geschädigte auch nachkommen.

### Ein internationaler Arbeitsbeschaffungsplan.

Die „Internationale Wirtschaft“, Organ der Internationalen Handelskammer, beschäftigt sich in ihrem Juniheft mit Vorschlägen des französischen Nationalökonom Francis Delaisi zur Arbeitsbeschaffung. Dieser französische Wirtschaftler befaßt sich mit dem Problem der kleinen europäischen Agrarstaaten: Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Ungarn, Jugoslawien, Bulgarien und Griechenland. Diese haben eine Bevölkerung von 90 Millionen. Die vorgenannten Länder hatten eine Gesamteinfuhr an Fertigwaren von 1088 Mill. Dollar oder 11 Dollar je Kopf der Bevölkerung. Ueberseeische Agrarländer wie Argentinien, Australien, Chile, Kanada, Neuseeland, Südafrika und Uruguay haben eine Fertigwareneinfuhr von 54 Dollar je Kopf der Bevölkerung. Die Kaufkraft der Bewohner der überseeischen Agrarländer ist also wesentlich höher als die der europäischen. Zur Hebung der Kaufkraft des osteuropäischen Bauern schlägt Delaisi den Bau von Straßen, Lagerhäusern und die Modernisierung des Verkehrs in diesen Ländern vor. Diese Maßnahmen würden die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung außerordentlich steigern. Durch Herabsetzung der Zinssätze würde die Kaufkraft von 60 Millionen Bauern verdoppelt. 1,8 Millionen Dollar Kapitalaufwand erfordert das vorgeschlagene Straßenbauprogramm. Dieses Kapital ist vorhanden, da allein in Europa 5000 Mill. Dollar Kapital unproduktiv und unverzinst brachliegt. Die Unterstützung von 12 Millionen Arbeitslosen und ihren Familien erfordert etwa 2000 Mill. Dollar jährlich. „Wäre es nicht erträglicher“, so führt Delaisi aus, „eine Summe, die der Arbeitslosenunterstützung von 1 1/2 Jahren entsprechen würde, in produktiver Arbeit anzulegen und so die Produktionsmittelindustrien und schließlich die gesamte Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, anstatt die Ersparnisse Europas unproduktiv in wenigen Jahren zu verzehren.“ — Der Vorschlag des französischen Wirtschaftlers ist wert, beachtet zu werden.

## Nicht trinten, nicht rauchen, nicht salzen

Das Trinken geistiger Getränke sowie das Rauchen zeugen noch von einem gewissen Wohlstand, während aber der Gebrauch von Salz im Gegensatz zu den beiden vorgenannten Artikeln ein wirkliches Lebensbedürfnis bedeutet. Man kann sich direkt eine menschliche Gesellschaft gar nicht vorstellen, wo kein Salz gebraucht werden würde. Eine solche Selbstverständlichkeit, wie der Salzgebrauch, sollte im täglichen Leben gar nicht außer Betracht gezogen werden. Es scheint direkt unmöglich, daß sich die Lage so verschlechtern sollte, daß Menschen auf die selbstverständliche, unentbehrliche Speisewürze verzichten müßten. Die drei staatlichen Hauptmonopole: Tabak, Spiritus und Salz, sind die besten Gradmesser unserer heutigen Wirtschaftsmisere. Hier sind Erscheinungen, die man nicht verheimlichen kann, wie man es mit den indirekten Steuern praktiziert. Ziffern sind ein unwiderlegbares Argument, umso mehr, wenn sie vom staatlichen statistischen Hauptamt stammen.

Die „Wiadomosci statystyczne“ vom 15. August bringen eine Reihe von Zahlen, über den Stand unseres Inlandsmarktes und den Verbrauch genannter Monopolartikel. Sehr lehrreich ist der Vergleich des Verbrauchs an Tabak, Spiritus, und speziell Salz, im ersten Halbjahr 1931 und im ersten Halbjahr dieses Jahres. Diese Zusammenstellung ist folgende:

### Tabak:

1. Halbjahr 1931	318 065 000.— Zloty
1. Halbjahr 1932	277 349 000.— Zloty

### Spiritus:

1. Halbjahr 1931	14 331 000 Liter
1. Halbjahr 1932	10 786 000 Liter

### Salz:

1. Halbjahr 1931	137 757 Tonnen
1. Halbjahr 1932	12 769 Tonnen

Im Laufe eines Jahres sank der Tabakkonsum um 41 Millionen Zloty, der Spiritusverbrauch um 4 Millionen

Liter, der Salzverbrauch ging jedoch um 125 000 Tonnen zurück, das sind 12,5 Tausend Waggons zu 10 Tonnen! Die Menschen haben direkt auf das Salz verzichtet, oder sie greifen — was schon die Zeitungen öfters berichteten — zum billigeren Viehsalz! Sehr lehrreich ist auch der Erfolg der riesigen Reklame für den Zuckerkonsum, die ja auf den Plakaten mit den Worten „Cukier krzepi“ in allen öffentlichen Lokalen und öffentlichen Plätzen zu sehen sind.

In dem bezeichneten Zeitabschnitt ging der Zuckerkonsum von 153 940 Tonnen auf 142 430 Tonnen zurück, also ein Minus um 11 000 Tonnen. Trotzdem spricht man von einer neuerlichen Erhöhung der Zuckerpriese. Wahrscheinlich braucht man diese Summe als Geschenk für die Zuckerexporteure. Ein katastrophaler Rückgang ist auch beim Zementverbrauch von 241 000 Tonnen auf 165 000 Tonnen und Petroleum von 47 000 Tonnen auf 40 000 Tonnen.

Sehr charakteristisch ist jedoch etwas, nämlich der Verbrauch an Eisen. Während in dem Halbjahr Januar bis Juni der Verbrauch auf 81 055 Tonnen angegeben ist, so ist im 1. Halbjahr 1932 anstatt einer Zahl eine punktierte Linie! Wir wissen wirklich nicht, welches der Grund zu dieser Verheimlichung ist, aber wir können mit Sicherheit annehmen, daß der Verbrauch ebenfalls ganz gewaltig zurückgegangen ist. So schaut die Wirklichkeit bei uns aus: Bei gewissen Anlässen will man uns immer einreden, daß die Krise bei uns nicht so schrecklich wütet. Laut dieser statistischen Aufzeichnungen ersehen wir, daß sich die arbeitende Bevölkerung nicht einmal das bisherige Salz vergönne kann! Vom Zucker kann gar keine Rede sein! — Alles andere, wie Kleidung, Wohnung und andere Dinge, sind zum unerreichten Luxus geworden. Und dies alles, trotz dem Siege der Sanacja bei den letzten Sejmwahlen!

### Was die Leute über das Leben sagen!

#### Der Lehrer:

„Das Leben ist ein kurzer Satz und hat auf einer Tafel Platz! Oft liest man kaum das erste Wort, kommt schon der Schwamm und löscht es fort!“

#### Der Schriftsteller:

„Mir scheint das Leben wie ein Buch, in dem man stets die Bilder sucht, in dem man alles, was man liest, bei der Lektüre schon vergißt!“

#### Der Schuster:

„Das ganze Leben ist ein Schuh und drückt gehörig ab und zu, wenn man mal groß ist — ist man klein, schlüpf man so spielend leicht hinein!“

#### Der Spieler:

„Das Leben ist ein Kartenspiel, man spielt und wagt — gewinnt nie viel, und man verliert meist, ohne daß man richtig weiß, wie so und was!“

#### Der Rennstallbesitzer:

„Das Leben — äh — kein sicheres Pferd! Geht unrein, bockt und läuft verkehrt! Bald galoppiert's, bald geht's im Trab, wirft seine Reiter gerne ab!“

#### Der Schornsteinfeger:

„Das Leben ist ein enger Schlot, man zwingt sich durch mit Müß und Not, frißt vielen Staub und Schmutz und Rauch — und stinken tut es manchmal auch!“

Hans Haidenbauer.

### Zweierlei Menschen.

Eine den Wesensunterschied zweier Menschen trefflich kennzeichnende Schilderung enthält ein kürzlich erschienenes Buch mit dem Titel „Berufskunde“ (Verlag: Bibliographisches Institut, Leipzig). Es wird der Unterschied zwischen einem Gewerkschaftsangehörigen und einem Unternehmenssekretär sowie deren Aufgaben richtig dargestellt. Wir geben diese Ausführungen ohne weitere Hinzufügung wieder:

**Der Unternehmenssekretär.** Er vertritt die Interessen, die nicht die seinen sind. Und er vertritt nicht die Gesamtheit dieser Interessen, die sich zwar oft im Gegensatz zu anderen Volksgliedern, oft aber auch in Gemeinschaft mit ihnen bewegen, sondern er ist ein Spezialist der Zwietracht. Er ist dafür da, Gegensätze auszulämpfen; die populären Seiten ihrer Tätigkeit haben die Unternehmer sich selbst oder den Sekretären der Wirtschaftsverbände vorbehalten. Von der Tätigkeit des Arbeitgebersekretärs innerhalb des Verbandes merkt die Öffentlichkeit nichts. Ob der Mann hier zur Vernunft und Versöhnung redet, Ausgleich zustandebringt, die im Interesse der Allgemeinheit und auch der Arbeitnehmer liegen, das bleibt hinter verschlossenen Türen. Wo er sich sehen läßt, ist er der Feind. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, führt der Unternehmenssekretär pflichtgemäß Geschäfte, die ihn innerlich nichts angehen.

**Der Gewerkschaftsangehörige.** Der Gewerkschaftsbeamte dagegen kämpft den Kampf seiner Klasse, führt die Geschäfte seiner Berufskollegen, berät und leitet in Räten, die er selbst erlitten hat. Die Gewerkschaft ist eine Organisation des proletarischen Klassenkampfes. Das heißt: Sie geht den ganzen Menschen an. Der Klassenkampf von unten ist letzten Endes der Kampf um die Ebenbürtigkeit; wirtschaftliche und taktische Erfolge haben nur Bedeutung, können nur dauernde Befriedigung der Klassengenossen erreichen, wenn sie dem großen Ziele näher führen. Der Proletarier, der als Vertreter seiner Klasse über ihren Bereich hinaustritt, muß sich den Bedingungen des neuen Wirkungskreises anpassen. Er muß sich Wissen aneignen und ein unerschütterliches Vertrauen als Persönlichkeit genießen.

### „Wo die Pflicht ruft!“

**Wochen-Programm des Vereins Jugendl. Arbeiter, Bielitz.** Donnerstag, den 25. August, abends 7 Uhr, Vorstandssitzung.

Samstag, den 27. August, nachm. 5 Uhr, Badetour über Nacht nach Międzybrodzie. Treffpunkt: Vereinszimmer.

Sonntag, den 28. August in Międzybrodzie. Die Vereinsleitung.

### Achtung Arbeitergesangsvereine!

**Gausitzung.** Am Dienstag, den 30. August findet um 5 Uhr nachmittags in der Redaktion eine Gausitzung statt. Dies ist die letzte vor der Generalversammlung. Alle Vorstandsmitglieder wollen pünktlich erscheinen.

**Gau-Generalversammlung.** Samstag, den 3. September d. Js. findet um 5 Uhr nachmittags in der Restauration des H. Genser in Nifelsdorf die diesjährige Gau-Generalversammlung statt. Die Delegierten der einzelnen Arb.-Ges.-Vereine sowie die Gau-Vorstandsmitglieder wollen pünktlich erscheinen.

**Touristenverein „Die Naturfreunde“ Bielitz.** Am Donnerstag, den 25. August, findet um 7 Uhr abends in der Restauration „Tivoli“ eine wichtige Vorstandssitzung statt, zu welcher um vollzähliges und pünktliches Erscheinen erjucht wird. Der Obmann.

**Arbeitergesangsvereine, Achtung!** Am Donnerstag, den 25. August d. Js., findet im Arbeiterheim um 5 Uhr nachmittags eine Gau-Gesangsstunde für den Gemischten Chor statt. Chormaterial von „Auf der Wiese“ und „Hab mein Wagen vollgeladen“ ist mitzubringen. Alle Sängerinnen und Sänger werden erjucht, pünktlich und vollzählig zu erscheinen. Der Gauobmann.

**Alt-Bielitz.** Am Donnerstag, den 25. August findet um 7 Uhr abends im Gasthaus des Herrn And. Schubert in Alt-Bielitz, die Vorstandssitzung des sozdem. Wahlvereins „Vorwärts“ statt, zu welcher außer den Vorstandsmitgliedern, sämtliche Hilfskassierer und sozialistischen Gemeindevorteiler eingeladen werden.



Eine schwere Feuersbrunst

hat den Görlitzer Vorort Beshwiz heimgesucht: mehrere Häuser sowie landwirtschaftliche Gebäude brannten in kurzer Zeit bis auf die Grundmauern nieder.



